

## 1. Anwendungsbereich

(1) Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten für Letztverbraucher von elektrischer Energie bis zu einer maximalen jährlichen Entnahme von 100.000 Kilowattstunden.

## 2. Umfang und Befreiung von der Leistungspflicht

(1) Die Gemeindewerke Heikendorf AöR (nachfolgend „Gemeindewerke“) liefern dem Kunden dessen gesamten Bedarf an elektrischer Energie an seine vertraglich benannte Entnahmestelle.

(2) Die Gemeindewerke sind von ihrer Leistungspflicht befreit, soweit und solange der Netzbetreiber den Netzanschluss und/oder die Anschlussnutzung bzw. der Messstellenbetreiber den Messstellenbetrieb auf eigene Initiative unterbrochen hat oder sofern infolge von Störungen des Netzbetriebs Unregelmäßigkeiten in der Versorgung mit elektrischer Energie auftreten.

## 3. Mitteilungspflichten des Kunden

(1) Der Kunde informiert die Gemeindewerke vier Wochen vor der geplanten Inbetriebnahme einer Erzeugungsanlage zum Eigenverbrauch in Textform über die Anlage und deren Leistung.

(2) Der Kunde informiert die Gemeindewerke unverzüglich über den Abschluss einer Vereinbarung über die netzorientierte Steuerung von steuerbaren Verbrauchseinrichtungen mit dem Netzbetreiber. Der Kunde teilt darin die Auswahl des Netzentgelt-Moduls sowie den für die Abrechnung relevanten Änderungszeitpunkt mit. Entsprechendes gilt, sofern die Vereinbarung zwischen dem Netzbetreiber und dem Kunden endet oder der Kunde das Netzentgelt-Modul wechselt.

(3) Der Kunde ist ebenfalls verpflichtet, den Gemeindewerken unverzüglich mitzuteilen, wenn er von seinem Recht nach § 41d EnWG Gebrauch macht und Dienstleistungen hinsichtlich von Mehr- oder Minderverbrauch sowie von Mehr- oder Minderverbrauch elektrischer Arbeit gegenüber Dritten und über einen anderen Bilanzkreis erbringt. Die Mitteilung erfolgt spätestens unmittelbar nach dem Abschluss einer entsprechenden Vereinbarung mit einem Dritten.

## 4. Messung und Recht auf Nachprüfung der Messeinrichtung

(1) Die Menge der gelieferten elektrischen Energie wird durch Messeinrichtungen bzw. Messsysteme (oder rechtmäßige Ersatzwertbildung) des zuständigen Messstellenbetreibers bzw. Netzbetreibers ermittelt. Die Ableseung der Messeinrichtungen wird vom Messstellenbetreiber oder den Gemeindewerken oder sofern keine Fernübermittlung der Verbrauchsdaten erfolgt, auf rechtzeitiges Verlangen der Gemeindewerke oder des Messstellenbetreibers kostenlos vom Kunden durchgeführt. Der Kunde kann – sofern er ein Haushaltskunde im Sinne von § 3 Nr. 22 EnWG ist – einer Selbstablesung widersprechen, wenn ihm diese nicht zumutbar ist. Soweit der Kunde für einen bestimmten Abrechnungszeitraum trotz entsprechender Verpflichtung keine Ablesedaten übermittelt hat oder die Gemeindewerke aus anderen Gründen, die sie nicht zu vertreten hat, den tatsächlichen Verbrauch nicht ermitteln kann (etwa, weil keine Messwerte bzw. vom Messstellenbetreiber rechtmäßig ermittelten Ersatzwerte verfügbar sind), können die Gemeindewerke den Verbrauch auf der Grundlage der letzten Ableseung oder bei einem Neukunden nach dem Verbrauch vergleichbarer Kunden jeweils unter angemessener Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse schätzen.

(2) Der Kunde kann jederzeit von den Gemeindewerken verlangen, eine Nachprüfung der Messeinrichtungen an seiner Entnahmestelle durch eine Eichbehörde oder eine staatlich anerkannte Prüfstelle i. S. v. § 40 Abs. 3 MessteG zu veranlassen. Die Kosten der Nachprüfung fallen dem Kunden nur dann zur Last, sofern die eichrechtlichen Verkehrsfehlergrenzen nicht überschritten werden. Ergibt eine Nachprüfung der Messeinrichtungen eine Überschreitung der eichrechtlichen Verkehrsfehlergrenzen, so gilt Ziffer § 6(2) entsprechend.

## 5. Abschlagszahlungen

(1) Die Gemeindewerke können vom Kunden monatliche Abschlagszahlungen verlangen, sofern der Kunde nicht eine monatliche Abrechnung verlangt. Die Höhe der Abschlagszahlung richtet sich nach dem Verbrauch des vorhergehenden Abrechnungszeitraums und dem aktuellen Vertragspreis oder nach dem durchschnittlichen Verbrauch vergleichbarer Kunden. Macht der Kunde glaubhaft, dass der Verbrauch erheblich abweicht, ist dies angemessen zu berücksichtigen.

## 6. Abrechnung und Abrechnungsfehler

(1) Zum Ende eines jeden von den Gemeindewerken festgelegten Abrechnungszeitraums, der ein Jahr nicht überschreitet, und zum Ende des Lieferverhältnisses wird von den Gemeindewerken eine Abrechnung nach ihrer Wahl in elektronischer Form oder in Papierform erstellt. Abweichend von Satz 1 hat der Kunde das Recht, eine kostenpflichtige monatliche, vierteljährliche oder halbjährliche Abrechnung zu wählen, die auf Grundlage einer gesonderten Vereinbarung mit den Gemeindewerken erfolgt. Erhält der Kunde Abrechnungen in Papierform, erfolgt die Übermittlung der Abrechnungen auf Wunsch auch in elektronischer Form. Erhält der Kunde elektronische Abrechnungen, erfolgt die Übermittlung der Abrechnungen auf Wunsch auch einmal jährlich in Papierform. In jeder Abrechnung wird der tatsächliche Umfang der Belieferung unter Anrechnung der Abschlagszahlungen abgerechnet. Zu viel oder zu wenig berechnete Beträge werden unverzüglich erstattet bzw. nachentrichtet, spätestens aber mit der nächsten Abschlagszahlung verrechnet. Erhält der Kunde eine elektronische Abrechnung und erfolgt keine Fernübermittlung der Verbrauchsdaten, erhält er unentgeltlich (in jeder Rechnung bereits enthaltenen) Abrechnungsinformationen nach § 40b EnWG automatisch alle sechs Monate und auf Wunsch alle drei Monate.

(2) Ändert sich das vertragliche Entgelt während des Abrechnungszeitraums, so rechnen die Gemeindewerke geänderte verbrauchsabhängige Preisbestandteile tagessgenau ab. Für die Abrechnung geänderter verbrauchsabhängiger Preisbestandteile wird die nach Ziffer § 4(1) ermittelte Verbrauchsmenge des Kunden im Abrechnungszeitraum auf Grundlage einer Schätzung nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) auf den Zeitraum vor und nach der Preisänderung aufgeteilt, wobei jahreszeitliche Verbrauchsschwankungen auf der Grundlage vergleichbarer Erfahrungswerte angemessen zu berücksichtigen sind. Die nach der Preisänderung anfallenden Abschlagszahlungen können entsprechend angepasst werden.

(3) Werden Fehler in der Ermittlung des Rechnungsbetrags festgestellt (wie z. B. auch bei einer Rechnung auf der Grundlage falscher Messwerte), so wird der zu viel oder zu wenig berechnete Betrag unverzüglich erstattet bzw. nachentrichtet oder mit der nächsten Abschlagszahlung verrechnet. Ist das Ausmaß des Fehlers nicht einwandfrei festzustellen oder zeigt eine Messeinrichtung nicht an (und liegt auch keine rechtmäßig ermittelten Ersatzwerte vor), so ermitteln die Gemeindewerke den Verbrauch für die Zeit seit der letzten fehlerfreien Ableseung durch Schätzung entsprechend Ziffer § 4(2) Satz 6. Ansprüche nach dieser Ziffer sind auf den der Feststellung des Fehlers vorhergehenden Ableszeitraum beschränkt, es sei denn, die Auswirkung des Fehlers kann über einen größeren Zeitraum festgestellt werden; in diesem Fall ist der Anspruch auf längstens drei Jahre beschränkt.

## 7. Informationen zur Verbrauchshistorie

(1) Auf Wunsch des Kunden stellen die Gemeindewerke dem Kunden und einem von diesem benannten Dritten, soweit verfügbar, ergänzende Informationen zu dessen Verbrauchshistorie zur Verfügung. Die Gemeindewerke stellen dem Kunden die dadurch entstandenen Kosten nach tatsächlichem Aufwand in Rechnung.

## 8. Fälligkeit und Zahlungsart

(1) Sämtliche Rechnungsbeträge sind zwei Wochen nach Zugang der Rechnung, Abschläge und Vorauszahlungen zu dem von den Gemeindewerken nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) im Abschlagsplan festgelegten Zeitpunkt fällig und im Wege des Lastschriftverfahrens, mittels eines Dauerauftrags oder Überweisung (auch durch Barüberweisung) zu zahlen.

## 9. Preis für elektrische Energie und zusätzliche Preisbestandteile

(1) Der Kunde zahlt einen Energiepreis, der sich aus einem verbrauchsunabhängigen Preis (Grundpreis) und einen verbrauchsabhängigen Preis (Arbeitspreis) in der sich aus dem betreffenden Preisblatt ergebenden Höhe zusammensetzt. Der Energiepreis wird auf Grundlage der Kosten kalkuliert, die für die Belieferung aller Kunden in diesem Tarif anfallen. Er enthält die Kosten für die Energiebeschaffung und den Vertrieb.

(2) Zusätzlich zahlt der Kunde für die gelieferte elektrische Energie folgende Preisbestandteile in der jeweils geltenden Höhe (Die bei Vertragsschluss geltende Höhe ist in dem Vertrag zur Stromlieferung beiliegenden Preisblatt angegeben):

### a) Netzentgelte

(1) Die von den Gemeindewerken an den Netzbetreiber gemäß dem jeweils vereinbarten Netznutzungsvertrag (aktuell gemäß Bundesnetzagentur-Beschluss BK6-20-160) für die Netznutzung abzuführenden Netzentgelte. Der Netzbetreiber ermittelt diese zum 01.01. eines Kalenderjahres auf der Grundlage einer behördlich nach Maßgabe des § 21a EnWG i. V. m. der ARegV, der StromNEV und sonstigen Bestimmungen des EnWG festgelegten und jeweils zum 01.01. eines Kalenderjahres gemäß § 4 ARegV angepassten Erlösbegrenze. Der Netzbetreiber veröffentlicht die jeweils geltende Höhe der Netzentgelte auf seiner Internetseite. Im Falle einer Änderung der Netzentgelte im Verhältnis zwischen dem Netzbetreiber und der Lieferanten, ändern sich ab diesem Zeitpunkt, gleich aus welchem Grund und gegebenenfalls rückwirkend die Netzentgelte im Verhältnis zwischen den Gemeindewerken und dem Kunden.

b) Messstellenbetriebsentgelt für konventionelle Messtechnik oder –sofern verbaut– Messstellenbetriebsentgelt für eine moderne Messeinrichtung oder ein intelligentes Messsystem

(1) Sofern und solange beim Kunden eine konventionelle Messeinrichtung (keine moderne Messeinrichtung und kein intelligentes Messsystem) verbaut ist, zahlt der Kunde an die Gemeindewerke das von den Gemeindewerken an den Netzbetreiber für den Messstellenbetrieb und etwaige Zusatzleistungen im Zusammenhang mit dem Messstellenbetrieb zu entrichtende Entgelt nach der Maßgabe des jeweils zum 01.01. eines Kalenderjahres durch den Netzbetreiber auf dessen Internetseite zu veröffentlichenden Preisblatts. Das Entgelt wird durch den Netzbetreiber auf der Grundlage der gesetzlich vorgaben für den Energiesektor (EnWG, StromNEV, ARegV) und der von der Regulierungsbehörde festgelegten Erlösbegrenze ermittelt. Die Gemeindewerke berechnen das vom Kunden zu zahlende Entgelt im Rahmen von monatlichen Abschlägen bzw. Abrechnungen mit 1/12 des Jahresentgelts.

(2) Sofern beim Kunden eine moderne Messeinrichtung oder ein intelligentes Messsystem gemäß den Vorgaben des Messstellenbetriebesetzes (MsbG) verbaut ist oder während der Dauer dieses Vertrages verbaut wird, entfällt das vom Kunden an die Gemeindewerke zu zahlende Messstellenbetriebsentgelt für konventionelle Messeinrichtungen. In diesem Fall leistet grundsätzlich der Kunde an den jeweiligen Messstellenbetreiber das gemäß dessen veröffentlichten Preisblatt ausgewiesene Messstellenbetriebsentgelt zuzüglich etwaiger Zusatzleistungen zum Messstellenbetrieb gemäß MsbG. Im Falle einer Vereinbarung zwischen dem Messstellenbetreiber und den Gemeindewerken, nach der die Gemeindewerke als Stromlieferant das Messstellenbetriebsentgelt an den Messstellenbetreiber abführt und die entstandenen Kosten an den Kunden weiterberechnet, leistet der Kunde das Messstellenbetriebsentgelt zuzüglich etwaiger Zusatzleistungen zum Messstellenbetrieb an die Gemeindewerke entsprechend den Bestimmungen des MsbG. Die Gemeindewerke informieren den Kunden über diesen Umstand und das zu zahlende Entgelt sobald sie selbst Kenntnis hiervon haben. Der Kunde leistet in diesem Fall das Entgelt in der jeweils vom Messstellenbetreiber auf seiner Internetseite veröffentlichten Höhe.

### c) Konzessionsabgabe

(1) Die von den Gemeindewerken an den Netzbetreiber auf der Grundlage des jeweils vereinbarten Netznutzungsvertrages (aktuell gemäß Bundesnetzagentur-Beschluss BK6-20-160) zu leistenden Zahlungen zum Ausgleich der vom Netzbetreiber an die jeweilige Gemeinde bzw. den jeweiligen Landkreis abzuführenden Konzessionsabgabe. Die Konzessionsabgabe ist vom Netzbetreiber im Gegenzug für die Einräumung des Rechts zur Benutzung öffentlicher Verkehrswege für die Verlegung und den Betrieb von Leitungen, die der unmittelbaren Versorgung von Letztverbrauchern im Gemeindegebiet mit Energie dienen, zu entrichten. Ihre Höhe richtet sich nach dem jeweils zwischen dem Netzbetreiber und der betreffenden Gebietskörperschaft nach Maßgabe von § 2 KAV vereinbarten Konzessionsabgabensatz.

### d) KWKG-Umlage

(1) Die von den Gemeindewerken an den Netzbetreiber zu zahlende KWKG-Umlage nach § 12 Energiefinanzierungsgesetz (EnFG). Mit der KWKG-Umlage werden Kosten ausgeglichen, die den Übertragungsnetzbetribem durch die Abwicklung der gesetzlichen Vorgaben zur Förderung der Stromerzeugung aus hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen sowie zur Förderung des Ausbaus von Wärme- und Kältenetzen entstehen. Die für das jeweils folgende Kalenderjahr geltende Höhe der KWKG-Umlage wird bis zum 25.10. eines Kalenderjahres von den Übertragungsnetzbetribem (derzeit auf [www.netztransparenz.de](http://www.netztransparenz.de)) im Internet veröffentlicht.

### e) Aufschlag für besondere Netznutzung

(1) Der von den Gemeindewerken an den Netzbetreiber zu zahlende, die nachfolgenden Umlagen umfassende, Aufschlag für besondere Netznutzung nach Tenorziffer 7 des Beschlusses BK8-24-001-A der Bundesnetzagentur. Im Ermessen des Netzbetreibers werden die nachfolgenden Umlagen jeweils einzeln oder gemeinsam als Aufschlag für besondere Netznutzung zur Abrechnung gebracht:

#### a. § 19 StromNEV-Umlage

(1) Die von den Gemeindewerken an den Netzbetreiber zu zahlende § 19 StromNEV-Umlage nach § 19 Abs. 2 StromNEV. Mit der § 19-StromNEV-Umlage werden Kosten ausgeglichen, die den Übertragungsnetzbetribem aus der Verpflichtung entstehen, nachgelagerten Netzbetribem Erlöse zu erstatten, die diesen entgehen, weil sie bestimmten Letztverbrauchern mit atypischem Verbrauchsverhalten oder besonders hohem Stromverbrauch nach § 19 Abs. 2 StromNEV reduzierte Netzentgelte anbieten müssen. Die für das jeweils folgende Kalenderjahr geltende Höhe der § 19 StromNEV-Umlage wird bis zum 25.10. eines Kalenderjahres von den Übertragungsnetzbetribem (derzeit auf [www.netztransparenz.de](http://www.netztransparenz.de)) im Internet veröffentlicht.

#### b. Aufschlag für besondere einseitige Netznutzung

(1) Der von den Gemeindewerken an den Netzbetreiber zu zahlende Aufschlag für besondere einseitige Netznutzung, der von der Bundesnetzagentur am 28.08.2024 mit dem Beschluss BK8-24-001-A, Tenorziffer 6, im Festlegungsverfahren zur Verteilung von Mehrkosten in Netzen aus der Integration von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien eingeführt wurde. Ziel des Aufschlags auf die Netzentgelte ist die Herstellung eines Ausgleichs von Mehrkosten der in einem besonders hohem Maß von der Integration von Erneuerbare-Energien-Anlagen betroffenen Netzbetribem durch eine bundesweite Wälzung dieser Mehrkosten. Der Aufschlag für besondere einseitige Netznutzung wird bis zum 25.10. eines Kalenderjahres – erstmalig am 25.10.2024 - von den Übertragungsnetzbetribem (derzeit auf [www.netztransparenz.de](http://www.netztransparenz.de)) im Internet veröffentlicht.

### f) Offshore-Netzzulage nach § 12 EnFG

(1) Die von den Gemeindewerken an den Netzbetreiber zu zahlende Offshore-Netzzulage nach § 12 EnFG. Die Offshore-Netzzulage gleicht Teile der Kosten aus, die den Übertragungsnetzbetribem durch Entschädigungszahlungen nach Maßgabe von § 17e EnWG an Betreiber von betriebsbereiten Offshore-Windenergieanlagen in Folge von Störungen oder Verzögerungen der Netzanbindung dieser Anlagen entstehen sowie u. a. Offshore-Anbindungskosten nach § 17d Abs. 1 EnWG, den §§ 17a und 17b EnWG sowie die Kosten nach § 12b Abs. 1 Satz 3 Nr. 7 EnWG und des Flächenentwicklungsplans nach § 5 WindSeeG. Die für das jeweils folgende Kalenderjahr geltende Höhe der Offshore-Netzzulage wird bis zum 25.10. eines Kalenderjahres von den Übertragungsnetzbetribem (derzeit auf [www.netztransparenz.de](http://www.netztransparenz.de)) im Internet veröffentlicht.

### g) Stromsteuer nach § 3 Stromsteuergesetz

(1) Die von den Gemeindewerken als Steuerschuldnerin nach § 5 Stromsteuergesetz (StromStG) abzuführende Stromsteuer für eine Kilowattstunde in der jeweils geltenden Höhe. Zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses beträgt die gesetzlich festgelegte Höhe gemäß § 3 StromStG 2,05 Cent/kWh.

(3) Ist eine Umlage nach § 9 (2) negativ, reduziert sich das für die gelieferte Energie zu zahlende Entgelt in entsprechender Höhe.

(4) Zusätzlich fällt auf die Preisbestandteile nach § 9 (1) und § 9 (2) die Umsatzsteuer in der jeweils geltenden Höhe an. Die zu Vertragsbeginn geltende Höhe der Umsatzsteuer ergibt sich aus dem Vertrag zur Stromlieferung bzw. dem beiliegenden Preisblatt.

(5) Von den vorstehenden Preisregelungen in den § 9 (1) bis § 9 (3) bleiben gesetzliche Vorgaben unberührt, die aufgrund der Energiepreisentwicklung als Entlastungsmaßnahmen für Stromkunden mit zeitlich befristeter Wirkung vor oder nach Vertragsschluss mit Auswirkungen auf diesen Vertrag vom Gesetzgeber eingeführt werden. Sofern und soweit gesetzliche Vorgaben nach Satz 1 dispositiv sind beziehungsweise Handlungs- und Gestaltungsspielräume offen lassen, gelten diese auch für die Gemeindewerke.

## 10. Preisanpassung wegen zukünftiger hoheitlicher Belastungen

(1) Wird die Belieferung oder die Verteilung von elektrischer Energie nach Vertragsschluss mit zusätzlichen, in Ziffer § 9 (1) und § 9 (2) nicht genannten Steuern oder Abgaben belegt, erhöht sich der vom Kunden zu zahlende Preis um die hieraus entstehenden Mehrkosten in der jeweils geltenden Höhe. Satz 1 gilt entsprechend, falls die Belieferung oder die Verteilung von elektrischer Energie nach Vertragsschluss mit einer hoheitlich auferlegten, allgemein verbindlichen Belastung (d. h. keine Bußgelder oder Ähnliches) belegt wird, soweit diese einen unmittelbaren Einfluss auf die Kosten für die nach diesem Vertrag geschuldeten Leistungen hat. Einen unmittelbaren Einfluss haben z. B. auch solche hoheitlich auferlegten, allgemein verbindlichen Belastungen, die einem Marktakteur entlang der Lieferkette auferlegt werden und dieser Marktakteur die Belastungen auf berechtigter vertraglicher Basis an die Gemeindewerke weitergibt. Die Weitergabe in der jeweils geltenden Höhe nach den Sätzen 1 bis 3 führt bei Erstattungen (z. B. in Form negativer Umlagen) zu einer entsprechenden Preisreduzierung. Eine Weiterberechnung erfolgt nicht, soweit die Mehrkosten nach Höhe und Zeitpunkt ihres Entstehens bereits bei Vertragsschluss konkret vorhersehbar waren oder die jeweilige gesetzliche Regelung der Weiterberechnung entgegensteht. Eine Weiterberechnung ist auf die Mehrkosten beschränkt, die nach dem Sinn und Zweck der gesetzlichen Regelung dem einzelnen Vertragsverhältnis (z. B. nach Kopf oder nach Verbrauch) zugeordnet werden können. Eine Weiterberechnung erfolgt ab dem Zeitpunkt der Entstehung der Mehrkosten. Der Kunde wird über eine solche Weiterberechnung spätestens mit der Rechnungsstellung informiert. Zusätzlich fällt auf etwaige zukünftige Steuern, Abgaben und sonstige hoheitlich auferlegte Belastungen die Umsatzsteuer in der jeweils geltenden Höhe an.

## 11. Preisanpassung nach billigem Ermessen

(1) Die Gemeindewerke sind verpflichtet, den Grundpreis und den Arbeitspreis nach Ziffer § 9(1) – nicht hingegen etwaige zukünftige Steuern, Abgaben und sonstige hoheitlich auferlegte Belastungen nach Ziffer § 10 – durch einseitige Leistungsbestimmung nach billigem Ermessen gemäß § 315 BGB anzupassen (Erhöhungen oder Senkungen). Anlass für eine solche Preisanpassung ist ausschließlich eine Änderung der in Ziffer § 9(1) genannten Kosten. Die Gemeindewerke überwachen fortlaufend die Entwicklung dieser Kosten. Der Umfang einer Preisanpassung ist auf die Veränderung der Kosten nach Ziffer § 9(1) seit der jeweils vorhergehenden Preisanpassung nach dieser Ziffer § 11 bzw. – sofern nach keine Preisanpassung nach dieser Ziffer § 11 erfolgt ist – seit Vertragsschluss bis zum Zeitpunkt des geplanten Wirksamwerdens der aktuellen Preisanpassung beschränkt. Kostensteigerungen und Kosten-

senkungen sind bei jeder Preisanpassung gegenläufig zu saldieren. Die einseitige Leistungsbestimmung der Gemeindepwerke nach billigem Ermessen bezieht sich auch auf die jeweiligen Zeitpunkte einer Preisanpassung; diese sind so zu wählen, dass Kostensenkungen nicht nach für den Kunden ungünstigeren Maßstäben Rechnung getragen werden als Kostenerhöhungen, also Kostensenkungen mindestens in gleichem Umfang preiswirksam werden wie Kostenerhöhungen.

(2) Der Kunde hat gemäß § 315 Abs. 3 BGB das Recht, die Ausübung des billigen Ermessens der Gemeindepwerke gerichtlich überprüfen zu lassen. Änderungen des Grundpreises und des Arbeitspreises nach dieser Ziffer § 11 sind nur zum Monatsersten, erstmals zum Ablauf der vertraglichen Erstlaufzeit möglich. Preisanpassungen werden nur wirksam, wenn die Gemeindepwerke dem Kunden die Änderungen spätestens einen Monat vor dem geplanten Wirksamwerden in Textform mitteilen. In diesem Fall hat der Kunde das Recht, den Vertrag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Preisanpassung zu kündigen. Hierauf wird der Kunde von den Gemeindepwerken in der Mitteilung gesondert hingewiesen.

## 12. Mitteilung zu Preisbestandteilen auf Anfrage

(1) Die Gemeindepwerke teilen dem Kunden die jeweils geltende Höhe eines nach Ziffern § 9(2) und § 10 zu zahlenden Preisbestandteils auf Anfrage mit.

## 13. Vertragsanpassung

(1) Die Regelungen des Vertrages beruhen auf den gesetzlichen und sonstigen Rahmenbedingungen zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses (z. B. EnWG, StromGVV, StromNZV, MStG, MessEG und MessEV, höchstgerichtliche Rechtsprechung, Festlegungen und Beschlüsse der BNetzA). Das vertragliche Äquivalenzverhältnis kann nach Vertragsschluss durch unvorhersehbare Änderungen der gesetzlichen oder sonstigen Rahmenbedingungen (z. B. durch Gesetzesänderungen, sofern deren konkreter Inhalt nicht bereits – etwa in der Phase zwischen dem Abschluss des förmlichen Gesetzgebungsverfahrens und dem Inkrafttreten – absehbar war), die der Lieferant nicht veranlasst und auf die er auch keinen Einfluss hat, in nicht unbedeutendem Maße gestört werden. Ebenso kann nach Vertragsschluss eine im Vertrag entstandene Lücke nicht unerhebliche Schwierigkeiten bei der Durchführung des Vertrages entstehen lassen (etwa wenn die Rechtsprechung eine Klausel für unwirksam erklärt), die nur durch eine Anpassung oder Ergänzung zu beseitigen sind. In solchen Fällen ist der Lieferant verpflichtet, den Vertrag – mit Ausnahme des Entgelts – unverzüglich insoweit anzupassen und/oder zu ergänzen, als es die Wiederherstellung des Äquivalenzverhältnisses von Leistung und Gegenleistung und/oder der Ausgleich entstandener Vertragslücken zur zumutbaren Fort- und Durchführung des Vertragsverhältnisses erforderlich macht (z. B. mangels gesetzlicher Überleitungsbestimmungen). Anpassungen des Vertrages nach dieser Ziffer sind nur zum Monatsersten möglich. Die Anpassung wird nur wirksam, wenn der Lieferant dem Kunden die Anpassung spätestens sechs Wochen vor dem geplanten Wirksamwerden in Textform mitteilt. In diesem Fall hat der Kunde das Recht, den Vertrag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Vertragsanpassung zu kündigen. Hierauf wird der Kunde vom Lieferanten in der Mitteilung gesondert hingewiesen.

## 14. Schwachlastzeiten der HT/NT-Tarife und Schaltgeräte

(1) NT-Verbrauch (NT = Niedertarif) ist der in einem Zeitraum während der sogenannten Schwachlastzeit verbrauchte Strom. HT-Verbrauch (HT = Hochtarif) ist der außerhalb der Schwachlastzeit bezogene Strom.

(2) In den Tarifen Natur DUO (für hohen Nachtstromverbrauch), Natur SP (für Speicherheizungen) und Natur WP (für Wärmepumpen) umfasst der Zeitraum der Schwachlastzeit in den Monaten Oktober – März die Zeit von 21.00 Uhr – 7.00 Uhr (am nächsten Morgen), in den Monaten April – September die Zeit von 20.00 Uhr – 7.00 Uhr (am nächsten Morgen).

(3) In dem Tarif Mobil (für die E-Ladestation zuhause) ist die Schwachlastzeit ganzjährig von 20.00 Uhr – 16.00 Uhr (am nächsten Tag).

(4) Sofern die Freigabe des Energiebezugs für die Verbrauchseinheit sowie die Ansteuerung von Zählwerken durch ein fernbedientes Schaltgerät in der Kundenanlage erfolgt, bestimmt der Netzbetreiber den Anbringensort des Schaltgeräts unter Berücksichtigung der angemessenen Interessen des Kunden. Die Rechte des Kunden nach den energiewirtschaftlichen Vorschriften bleiben unberührt.

## 15. Dynamische Tarife (gilt für Kunden, die ab dem 01.01.2025 einen dynamischen Tarif gewählt haben)

(1) Sofern bei ihm ein intelligentes Messsystem verbaut ist, kann der Kunde einen dynamischen Tarif mit dem Lieferanten vereinbaren. Im Zuge der Beauftragung hat der Kunde dem Lieferanten mitzuteilen, ob er den Stromliefervertrag mit oder ohne Einbeziehung der Netznutzung und / oder des Messstellenbetriebs abschließt. Wählt der Kunde die Belieferung ohne Einbeziehung der Netznutzung und / oder des Messstellenbetriebs, ist der Kunde dazu verpflichtet, die Netznutzung nach § 20 EnWG mit dem Netzbetreiber oder den Messstellenbetrieb nach § 9 Absatz 1 Nummer 1 des MStG mit dem Messstellenbetreiber selbst zu vereinbaren.

(2) Im Falle der Vereinbarung eines Stromlieferungsvertrages mit einem dynamischen Tarif im Sinne von Ziffer 15 (1) unterrichten die Gemeindepwerke den Kunden im Sinne des § 41a EnWG umfassend über die Kosten sowie die Vor- und Nachteile des Vertrags sowie über den Einbau eines intelligenten Messsystems im Sinne des Messstellenbetriebsgesetzes auf seiner Internetseite / anhand eines gesonderten, dem Vertrag beiliegenden, Informationsblattes. Mit der Zustimmung zu diesen AGB bestätigt der Kunde, dass er die von der Lieferantin auf der Internetseite / auf dem beigefügten Informationsblatt bereitgestellten Informationen über die Kosten sowie die Vor- und Nachteile des Vertrags sowie über den Einbau eines intelligenten Messsystems zur Kenntnis genommen hat.

## 16. Vorauszahlung und Vorkassensystem

(1) Die Gemeindepwerke können für die Lieferung elektrischer Energie Vorauszahlung für einen Abrechnungszeitraum verlangen, wenn nach den Umständen des Einzelfalles Grund zu der Annahme besteht, dass der Kunde seinen Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht rechtzeitig nachkommt. Bei Verlangen einer Vorauszahlung ist der Kunde hierüber ausdrücklich und in verständlicher Form zu unterrichten. Hierbei sind mindestens der Beginn, die Höhe und die Gründe der Vorauszahlung sowie die Voraussetzungen für ihren Wegfall anzugeben. Die Vorauszahlung bemisst sich nach dem Verbrauch des vorhergehenden Abrechnungszeitraums oder dem durchschnittlichen Verbrauch vergleichbarer Kunden. Macht der Kunde glaubhaft, dass sein Verbrauch erheblich geringer ist, so ist dies angemessen zu berücksichtigen. Erstreckt sich der Abrechnungszeitraum über mehrere Monate und erheben die Gemeindepwerke Abschlagszahlungen, so kann sie die Vorauszahlung nur in ebenso vielen Teilbeträgen verlangen. Die Vorauszahlung ist bei der nächsten Rechnungsabteilung zu verrechnen.

(2) Statt eine Vorauszahlung zu verlangen, können die Gemeindepwerke beim Kunden ein Vorauszahlungssystem (z. B. Bargeld- oder Chipkartenzähler) einrichten und betreiben bzw. den Messstellenbetreiber damit beauftragen.

## 17. Fristlose Kündigung, „Sperrung“ und LieferEinstellung wegen „EnergieDiebstahls“

(1) Bei Zahlungsverzug des Kunden in Höhe des Doppelten der rechnerisch auf den laufenden Kalendermonat entfallenden Abschlagszahlung oder mit mindestens € 100,00 inklusive Mahn- und Inkassokosten dürfen die Gemeindepwerke ebenfalls die Lieferung einstellen und die Anschlussnutzung durch den zuständigen Netzbetreiber unterbrechen lassen; das Recht zur Unterbrechung nach dieser Ziffer unterbleibt, solange die Sperrvoraussetzungen des § 19 Abs. 2 StromGVV hinsichtlich Mindestbetrag und Häufigkeit der Säumnis nicht vorliegen. Bei der Berechnung des Mindestbetrags bleiben nicht titulierte Forderungen außer Betracht, die der Kunde schlüssig beanstanden hat, oder die wegen einer Vereinbarung zwischen Gemeindepwerken und Kunden noch nicht fällig sind, oder die aus einer streitigen und noch nicht rechtskräftig entschiedenen Preiserhöhung der Gemeindepwerke resultieren. Die Unterbrechung unterbleibt, wenn die Folgen der Unterbrechung außer Verhältnis zur Schwere des Zahlungsverzugs stehen oder der Kunde darlegt, dass hinreichende Aussicht besteht, dass er seinen Verpflichtungen vollumfänglich nachkommt. Dem Kunden wird die Unterbrechung spätestens vier Wochen vorher angedroht und die Beauftragung des Netzbetreibers mit der Unterbrechung der Anschlussnutzung acht Werkzeuge vorher, mindestens aber gilt die Sperrankündigungsfrist des § 19 StromGVV, unter Angabe des Zeitpunkts der Auftragserteilung angekündigt. Die Gemeindepwerke werden den Netzbetreiber zu dem in der Ankündigung genannten Zeitpunkt beauftragen, die Anschlussnutzung zu unterbrechen, wofür der Netzbetreiber nach den Vorgaben des Netznutzungsvertrags Strom sechs weitere Werkzeuge Zeit hat. Der Kunde wird die Gemeindepwerke auf etwaige Besonderheiten, die einer Unterbrechung zwingend entgegenstehen, unverzüglich hinweisen.

(2) Die Kosten der Unterbrechung sowie der Wiederherstellung der Belieferung sind vom Kunden nach Aufwand zu ersetzen.

(3) Die Gemeindepwerke dürfen die Lieferung sofort einstellen und die Anschlussnutzung durch den zuständigen Netzbetreiber unterbrechen lassen, wenn der Kunde in nicht unerheblichem Maße schuldhaft elektrische Energie unter Umgehung, Beeinflussung oder vor Anbringung der Messeinrichtungen verwendet („EnergieDiebstahl“) und die Unterbrechung zur Verhinderung einer weiteren unberechtigten Stromentnahme erforderlich ist.

## 18. Haftung

(1) Die Gemeindepwerke haften nicht für Versorgungsunterbrechungen, deren Ursache ausschließlich auf den Netzbetrieb zurückzuführen ist. In allen übrigen Haftungsfällen ist die Haftung der Parteien sowie ihrer Erfüllungs- und

Verrichtungsgehilfen für schuldhaft verursachte Schäden ausgeschlossen, soweit der Schaden nicht durch Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit herbeigeführt wurde; dies gilt nicht bei Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, oder der schuldhaften Verletzung wesentlicher Vertragspflichten, d. h. solcher Pflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrags überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Vertragspartner regelmäßig vertrauen darf (sog. Kardinalpflichten).

(2) Im Falle einer Verletzung wesentlicher Vertragspflichten, welche nicht auf Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit beruht, beschränkt sich die Haftung auf den Schaden, den die haftende Partei bei Abschluss des Vertrags als mögliche Folge der Vertragsverletzung vorausgesehen hat oder unter Berücksichtigung der Umstände, die sie kannte oder kennen musste, hätte voraussehen müssen.

## 19. Rechte und Pflichten beim Umzug

(1) Der Kunde ist verpflichtet, den Gemeindepwerken jeden Umzug unverzüglich vorab unter Angabe des Umzugsdatums, der neuen Anschrift und der neuen Zählernummer oder Marktklokations-ID in Textform mitzuteilen. Im Regelfall muss diese Mitteilung bis spätestens zehn Werkzeuge vor dem Umzugsdatum erfolgen, um den Gemeindepwerken eine rechtzeitige Ab- bzw. Ummeldung beim Netzbetreiber zu ermöglichen.

(2) Bei einem Wohnsitzwechsel kann der Kunde den Vertrag mit einer Frist von sechs Wochen in Textform und unter Mitteilung seiner zukünftigen Anschrift oder der zur Bezeichnung seiner zukünftigen Entnahmestelle verwendeten Marktklokations-ID kündigen. Die Kündigung kann mit Wirkung zum Zeitpunkt des Auszugs oder mit Wirkung zu einem späteren Zeitpunkt erklärt werden. Die Kündigung beendet diesen Vertrag nicht und die Gemeindepwerke werden den Kunden zu den bisherigen Vertragsbedingungen an seinem neuen Wohnsitz weiterbeliefern, wenn die Gemeindepwerke dem Kunden dies binnen zwei Wochen nach Erhalt der Kündigung anbieten und die Belieferung an dessen neuem Wohnsitz möglich ist. Die Belieferung zum Zeitpunkt des Einzugs setzt voraus, dass der Kunde den Gemeindepwerken das Umzugsdatum rechtzeitig mitgeteilt hat.

(3) Unterbleibt die Mitteilung des Kunden nach Ziffer § 17(1) aus Gründen, die dieser zu vertreten hat, und wird den Gemeindepwerken die Tatsache des Umzugs auch sonst nicht bekannt, ist der Kunde verpflichtet, weitere Entnahmen an seiner bisherigen Entnahmestelle, für die die Gemeindepwerke gegenüber dem örtlichen Netzbetreiber eintreten müssen und für die sie von keinem anderen Kunden eine Vergütung zu fordern berechtigt ist, nach den Preisen des Vertrags zu vergüten. Die Pflicht der Gemeindepwerke zur unverzüglichen Abmeldung der bisherigen Entnahmestelle und Ansprüche der Gemeindepwerke auf entgangenen Gewinn wegen einer nicht oder verspätet erfolgten Belieferung an der neuen Entnahmestelle bleiben unberührt.

## 20. Übertragung auf Dritte

(1) Die Gemeindepwerke sind berechtigt, die Rechte und Pflichten aus dem Vertrag einzeln oder als Gesamtheit auf einen personell, technisch und wirtschaftlich leistungsfähigen Dritten zu übertragen. Eine Übertragung nach Satz 1 ist dem Kunden spätestens sechs Wochen vor dem Zeitpunkt der Übertragung unter Angabe dieses Zeitpunkts mitzuteilen. Im Falle einer Übertragung hat der Kunde das Recht, den Vertrag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Übertragung zu kündigen. Hierauf wird der Kunde von den Gemeindepwerken in der Mitteilung gesondert hingewiesen. Das Recht zur Abtretung von Forderungen nach § 398 BGB sowie eine gesetzliche Rechtsnachfolge, insbesondere bei Übertragungen i. S. d. Umwandlungsgesetzes, bleiben von dieser Ziffer unberührt.

## 21. Vertragsstrafe

(1) Verbrauch der Kunde elektrische Energie unter Umgehung, Beeinflussung oder vor Anbringung der Messeinrichtungen oder nach Unterbrechung der Versorgung, so sind die Gemeindepwerke berechtigt, eine Vertragsstrafe zu verlangen. Diese ist für die tatsächliche, sofern nicht feststellbar, für die geschätzte Dauer des unbefugten Gebrauchs, längstens aber für sechs Monate auf der Grundlage einer täglichen Nutzung der unbefugten verwendeten Verbrauchsgeräte von bis zu zehn Stunden nach dem für den Kunden geltenden Vertragspreis zu berechnen.

(2) Eine Vertragsstrafe kann auch verlangt werden, wenn der Kunde vorsätzlich oder grob fahrlässig die Verpflichtung verletzt, die zur Preisbildung erforderlichen Angaben zu machen. Die Vertragsstrafe beträgt das Zweifache des Betrags, den der Kunde bei Erfüllung seiner Verpflichtung nach dem für ihn geltenden Vertragspreis zusätzlich zu zahlen gehabt hätte. Sie darf für den tatsächlichen, sofern der Beginn der Mitteilungspflicht nicht feststellbar ist, für einen geschätzten Zeitraum, längstens aber für einen Zeitraum von sechs Monaten verlangt werden.

## 22. Wirtschaftsklausel

(1) Tritt während der Dauer dieses Vertrages eine wesentliche Veränderung derjenigen wirtschaftlichen Verhältnisse ein, die bei Festsetzung des Vertragsinhalts maßgebend waren, und sind infolgedessen die gegenseitigen Verpflichtungen der Vertragspartner unter Berücksichtigung der Vertragsdauer in ein grobes Missverhältnis geraten, so kann jeder Vertragsteil die Anpassung des Vertrages an die geänderten Verhältnisse verlangen.

## 23. Datenschutz

(1) Datenschutzrechtliche Hinweise und Informationen zum Widerspruchsrecht erhält der Kunde in der „Informations zur Verarbeitung personenbezogener Daten“ der Gemeindepwerke.

## 24. Informationen zu Wartungsdiensten und -entgelten

(1) Aktuelle Informationen zu Wartungsdiensten und -entgelten sind beim örtlichen Netzbetreiber erhältlich.

## 25. Allgemeine Informationen nach dem Energiedienstleistungsgesetz

(1) Im Zusammenhang mit einer effizienteren Energienutzung durch Endkunden wird bei der Bundesstelle für Energieeffizienz eine Liste geführt, in der Energiedienstleister, Anbieter von Energieaudits und Anbieter von Energieeffizienzmaßnahmen aufgeführt sind. Weiterführende Informationen zu der sog. Anbieterliste und den Anbietern selbst erhalten sie unter [www.bfee-online.de](http://www.bfee-online.de). Sie können sich zudem bei der Deutschen Energieagentur über das Thema Energieeffizienz umfassend informieren. Weitere Informationen erhalten Sie unter [www.energieeffizienz-online.info](http://www.energieeffizienz-online.info).

## 26. Streitbelegungsverfahren (gilt nur für Verbraucher i.S.d. § 13 BGB)

(1) Energieversorgungsunternehmen und Messstellenbetreiber (Unternehmen) sind verpflichtet, Beanstandungen von Verbrauchern im Sinne des § 13 BGB Belieferung, insbesondere zum Vertragsabschluss oder zur Qualität von Leistungen des Unternehmens (Verbraucherbeschwerden), die den Anschluss an das Versorgungsnetz, die Belieferung mit Energie oder die Messung der Energie betreffen, im Verfahren nach § 111a EnWG innerhalb einer Frist von vier Wochen ab Zugang beim Unternehmen zu beantworten. Verbraucherbeschwerden sind zu richten an: Gemeindepwerke Heikendorf AG, Wasserwaage 1, 24226 Heikendorf, Tel.: (431) 24870-0, Email: [info@gwh.sh](mailto:info@gwh.sh)

(2) Ein Verbraucher ist berechtigt, die Schlichtungsstelle nach § 111b EnWG sowie § 4 Abs. 2 Satz 4 Verfahrensordnung zur Durchführung eines Schlichtungsverfahrens zur Durchführung eines Schlichtungsverfahrens anzufordern, wenn das Unternehmen der Beschwerde nicht abgeholfen oder auf diese nicht innerhalb der Bearbeitungsfrist geantwortet hat. §14 Abs. 5 VStBG bleibt unberührt. Das Unternehmen ist verpflichtet, an dem Verfahren bei der Schlichtungsstelle teilzunehmen. Die Einreichung einer Beschwerde bei der Schlichtungsstelle hemmt die gesetzliche Verjährung gemäß § 204 Abs. 1 Nr. 4 BGB. Das Recht der Beteiligten, die Gerichte anzufordern oder ein anderes Verfahren (z.B. nach dem EnWG) zu beantragen, bleibt unberührt.

(3) Die Kontaktdaten der Schlichtungsstelle sind derzeit: Schlichtungsstelle Energie e.V., Friedrichstraße 133, 10117 Berlin, Telefon: +49 30/2757240-0, Telefax: 030/2757240-69, E-Mail: [info@schlichtungsstelle-energie.de](mailto:info@schlichtungsstelle-energie.de); Homepage: [www.schlichtungsstelle-energie.de](http://www.schlichtungsstelle-energie.de).

(4) Allgemeine Informationen zu Verbraucherrechten sind erhältlich über den Verbraucherservice der Bundesnetzagentur für den Bereich Elektrizität und Gas, Post-fach 8001, 53105 Bonn, Telefon: 030/ 22480-500, Telefax: 030/ 22480-323, E-Mail: [ver-brauerservice-energie@bnetza.de](mailto:ver-brauerservice-energie@bnetza.de).

(5) Verbraucher haben die Möglichkeit, über die Online-Streitbelegungs-Plattform der Europäischen Union kostenlose Hilfestellung für die Einreichung einer Verbraucherbeschwerde zu einem Online-Kaufvertrag oder Online-Dienstleistungsvertrag sowie Informationen über die Verfahren an den Verbraucherschlichtungsstellen in der Europäischen Union zu erhalten. Die Online-Streitbelegungs-Plattform kann unter folgendem Link aufgerufen werden: <http://ec.europa.eu/consumers/odr/>.

## 27. Schlussbestimmungen

(1) Diese Bedingungen sind abschließend. Mündliche Nebenabreden bestehen nicht.

(2) Sollten einzelne Bestimmungen des Vertrags unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so bleibt der Vertrag im Übrigen davon unberührt.